

Mary Beaudion, die Herausgeberin des US-Newsletters "Women Against Military Madness", untersucht den Hintergrund der Proteste in Hongkong.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 138/19 – 11.12.19

Wer steckt hinter den Protesten in Hongkong?

In Hongkong geht es nicht um Demokratie und Freiheit, denn viele Staaten, besonders die USA, Großbritannien und China, verfolgen dort vor allem eigene Interessen.

Mary Beaudion, WAMM Newsletter
Consortium News, 26.11.19

(<https://consortiumnews.com/2019/11/26/the-nature-of-the-hong-kong-protests/>)

Sollten Menschen, die für Frieden und Gerechtigkeit eintreten, nicht Demokratiebestrebungen überall auf der Welt unterstützen? Vermutlich haben sich deshalb sogar einige alternative US-Medien, die sich liberal und progressiv geben, dem Chor angeschlossen, der die Proteste in Hongkong (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Hongkong>) als lobenswertes Streben nach Demokratie und Freiheit und als mutigen Widerstand gegen die Unterdrückung durch die autoritäre chinesische Regierung bejubelt.

In Hongkong geht es aber nicht um Demokratie und Freiheit, denn vielen Staaten, besonders die USA, Großbritannien und China, verfolgen dort vor allem eigene Interessen. Die Inselstadt ist eine zu China gehörende Sonderverwaltungszone mit einer einzigartigen Geschichte. Die Stadt war 150 Jahre lang eine britische Kronkolonie, wurde aber 1997 durch eine Vereinbarung mit der Volksrepublik China an diese zurückgegeben – als selbstverwaltetes "Land mit zwei Systemen". Hongkongs Sonderstatus machte die Stadt zu einem führenden Finanzzentrum und zum Steuerparadies für internationale Konzerne. Hongkongs Markt ist so frei von Regulierungen und Haftungsvorschriften, dass die konservative US-Denkfabrik Heritage Foundation (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Heritage_Foundation) die Stadt als Nummer 1 in ihrem Index of Economic Freedom [s. <https://www.heritage.org/index/ranking>] führt.

Die Vereinbarung bringt sowohl der Volksrepublik China als auch dem Ausland Vorteile. In einer Erläuterung der Presseagentur *Reuters* [s. <https://www.reuters.com/article/us-hong-kong-protests-markets-explainer/explainer-how-important-is-hong-kong-to-the-rest-of-china-idUSKCN1VP35H>] wird dazu gesagt: "China nutzt die Währung (den Hongkong-Dollar) sowie den Kapital- und Schuldenmarkt Hongkongs, um Auslandskapital anzulocken, und für internationale Konzerne ist die Stadt das Sprungbrett für Geschäfte mit China."

Hongkongs Sonderstatus hat Chinas wirtschaftlichen Aufstieg befördert und schützt ausländische Konzerne vor Steuern und Zöllen. Er schützt aber auch Mörder vor Strafverfolgung, denn Hongkong hat kein Auslieferungsabkommen für Täter, die Verbrechen in Taiwan oder China begangen haben. Ein in Hongkong lebender Mann, der 2018 während eines Urlaubs in Taiwan seine schwangere Freundin ermordet haben soll, kann nicht verfolgt werden, weil er nach Hongkong zurückgekehrt ist. Weil die Verwaltung Hongkongs ein bereits bestehendes Auslieferungsabkommen ergänzen möchte, werfen ihr die Protestierenden vor, damit wolle sie vor allem die Auslieferung aufsässiger Hongkonger an die Volksrepublik China ermöglichen.

Proteste gegen ein Auslieferungsabkommen

Der folgende Kommentar, der die Einmischung Washingtons und Londons in die inneren

Angelegenheiten Chinas zurückweist, wurde in der von der chinesischen Regierung gesponserten Publikation *CHINA DAILY, Ausgabe Hongkong*, veröffentlicht [s. <https://www.chinadailyhk.com/articles/191/218/5/1564541315082.html>]:

"Das Gesetz über die Erweiterung des Auslieferungsabkommens wurde aus zwei Gründen zum Anlass für die Proteste in Hongkong: Erstens um den Anhängern von "True Democracy" (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Alliance_for_True_Democracy) einen Vorwand für den Griff nach der politischen Macht in Hongkong zu liefern. Und zweitens um die geänderte Strategie der US-Regierung zu unterstützen, die China 2018 zum Haupt rivalen der USA erklärt hat." – Zhou Bajun (Autor des Artikels)

Die Protestierenden erhofften sich zunächst Unterstützung von London. Den "Union Jack" (die britische Fahne, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Union_Jack) schwenkend, stürmten Schutzhelme tragende Demonstranten das Hongkonger Parlamentsgebäude [s. <https://www.theguardian.com/world/2019/jul/01/hong-kong-protests-group-tries-to-storm-government-building> (und <https://www.nzz.ch/international/kein-grund-zum-feiern-in-hongkong-id.1492791>)]. Und in den Straßen sangen sie "God save the Queen", die Nationalhymne ihrer ehemaligen Kolonialherren.

Die Demonstranten appellierten aber nicht nur an die Briten, sie führten auch US-Fahnen mit. Joshua Wong (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Joshua_Wong), der Anführer der Hongkonger Aktivistenorganisation Demosisto (s. <https://en.wikipedia.org/wiki/Demosist%C5%8D>), forderte auch die USA, Westeuropa und Japan auf, "Hongkong zu befreien".

Offizielle US-Reaktionen

Am 18. September 2019 hat sich Nancy Pelosi, die (demokratische) Sprecherin des Repräsentantenhauses, gemeinsam mit Wong auf einer Pressekonferenz in Washington [s. <https://www.cbsnews.com/news/hong-kong-protests-china-accuses-nancy-pelosi-interference-battle-to-control-media-message-2019-09-20/>] zu den Menschenrechten in Hongkong geäußert. Aufmerksamen Beobachtern dürfte aufgefallen sein, dass ihr Auftritt an eine Erklärung der Staatssekretärin Victoria Nuland (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Victoria_Nuland) erinnerte, mit der diese im Jahr 2013 vor einem Logo der Firma Chevron die "tapferen Menschen auf dem Maidan", aufforderte, die ukrainische Regierung mit einer "bunten Revolution" zu stürzen (s. <https://www.youtube.com/watch?v=2y0y-JUsPTU>). Frau Pelosi lobte die "mutigen Streiter, die sich in Hongkong für Demokratie, Redefreiheit und Menschenrechte einsetzen, und verwies auf den vom US-Kongress beschlossenen Hong Kong Human Rights and Democracy Act of 2019 (mit dem wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen in Hongkong Sanktionen gegen China verhängt wurden, s. https://en.wikipedia.org/wiki/Hong_Kong_Human_Rights_and_Democracy_Act und <https://www.congress.gov/bill/116th-congress/house-bill/3289>). Damit wolle sie den Protestierenden in Hongkong die unmissverständliche Botschaft senden, dass sie "bei ihrem Streben nach Gerechtigkeit und Freiheit die volle Unterstützung der USA" hätten.

In einem am 13. Oktober in der CBS-Serie "Face the Nation" ausgestrahlten Interview erklärte der zu einem Besuch in Hongkong weilende US-Senator Ted Cruz aus Texas, einer der neuen Wortführer der Republikaner: "Ich bin hier und trage Schwarz, um meine Solidarität mit den Protestierenden zu bekunden." [s. <https://www.cbsnews.com/news/transcript-senator-ted-cruz-on-face-the-nation-october-13-2019/>] Als er im Lauf des Interviews nach Gewalttaten der Demonstranten gefragt wurde, behauptete er, keine beobachtet zu haben.

Die Anstifter "der bunten Revolution in Hongkong" sind nämlich schwarz gekleidet. Unter den Demonstranten auf den Straßen befinden sich auch relativ wenige, die Masken und

Schutzhelme tragen und Schäden an Geschäften, öffentlichen Verkehrsmitteln und auf dem Internationalen Flughafen in Hongkong angerichtet haben. Diese gewaltbereiten Aktivist*innen prügeln mit Stahlruten auf Menschen anderer Meinung ein und werfen Molotowcocktails (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Molotowcocktail>) auf Polizisten. Pepe Escobar (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Pepe_Escobar), ein Kolumnist der *Asia Times*, der auch schon in Hongkong gelebt hat, ordnet die zerstörerischen Handlungen der anarchistischen Gruppierung "Schwarzer Block" zu, sie fänden aber häufiger als früher statt [s. <https://www.asiatimes.com/2019/10/article/behind-hong-kongs-black-terror/>].

In den USA wird im Repräsentantenhaus inzwischen ein weiterer Gesetzentwurf beraten, der mit der "Responsibility to Protect" (der Verpflichtung zum Schutz, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Schutzverantwortung>) begründet wird. Sie stammt aus der Politik der "humanitären Intervention" und soll Menschen in anderen Staaten vor ihren eigenen Regierungen schützen, wobei die US-Regierung selbst entscheidet, wer wie zu schützen ist. Darauf bezieht sich auch der Hong Kong Human Rights and Democracy Act (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Hong_Kong_Human_Rights_and_Democracy_Act), der von beiden Parteien bereits am 15. Oktober (2019) beschlossen wurde . Außerdem hat das Repräsentantenhaus in einer Resolution die chinesische Regierung in Peking gerügt und den Protect Hong Kong Act [weitere Infos dazu s. <https://www.congress.gov/congressional-record/2019/10/15/house-section/article/H8124-1> (und https://en.wikipedia.org/wiki/United_States%E2%80%93Hong_Kong_Policy_Act)] beschlossen, der auch die Ausfuhr von nicht zum Töten geeigneter Polizeiausrüstung nach Hongkong einschränkt. Im Juli hat das US-Außenministerium noch Waffenverkäufe im Wert von 2 Milliarden Dollar an Taiwan genehmigt [s. <https://www.nytimes.com/2019/07/09/world/asia/taiwan-arms-sales.html>]; außerdem wird die im Programm 1033 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Programm_1033) vorgesehene Belieferung lokaler Polizeibehörden (in den USA) mit ausgemusterter Militärausrüstung fortgesetzt. Während dieser Artikel entstand, wurden die Gesetze, die Hongkong betreffen, dem Senat zur erwarteten Zustimmung vorgelegt [s. <https://www.scmp.com/video/world/3033164/us-house-passes-hong-kong-human-rights-and-democracy-act>].

Auf dem Umgang der US-Medien und der US-Regierung mit Protestbewegungen in den USA Bezug nehmend, wird in der *China Daily* festgestellt: "In den USA gäbe es sicher heftige Reaktionen, wenn sich chinesische Politiker mit führenden Vertretern von Bewegungen wie 'Occupy Wall Street' (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Occupy_Wall_Street), 'Black Lives Matter' (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Black_Lives_Matter) oder 'Never Trump' (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Never_Trump_movement) trafen."

Die Bewohner Hongkongs haben durchaus berechtigte Gründe, unzufrieden zu sein. Einer Aufstellung der Deutschen Bank zur globalen Preisentwicklung im Jahr 2019 war zu entnehmen, dass Hongkong die weltweit teuerste Stadt mit den höchsten Mieten ist. Deshalb leben viele Menschen in bitterer Armut. Ihre Wut wird aber nicht auf die ungerechte Verteilung des Reichtums, sondern auf die Regierenden in Hongkong und Peking gerichtet.

Jimmy Lai, ein Milliardär und Medienmogul aus Hongkong, der die Proteste in Hongkong finanzieren soll, kam Anfang Juli in die USA, um sich mit dem Vizepräsidenten Mike Pence, dem US-Außenminister Mike Pompeo, dem (damals noch amtierenden) Sicherheitsberater John Bolton und einigen Senatoren zu treffen [s. <https://www.scmp.com/news/hong-kong/politics/article/3017868/beijing-foreign-office-slams-hong-kong-tycoon-jimmy-lai-and> und <https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-07-10/trump-team-sends-defiant-signal-to-beijing-by-meeting-activist>]. Bereits im März hatte eine Delegation von Vertretern der Bewegung "Demokratie für Hongkong" Washington besucht.

Die US-Stiftung National Endowment for Democracy, abgekürzt NED (s. https://de.wikipedia.org/wiki/National_Endowment_for_Democracy), unterstützt Bewegungen in anderen

Staaten. Die unter der Reagan-Regierung im Jahr 1983 gegründete Stiftung wird zwar von der US-Regierung finanziert, soll aber angeblich unabhängig sein: Dennoch finanziert sie gemeinnützige Organisationen, Gewerkschaften und politische Parteien in anderen Staaten, um deren Bevölkerungen (im Sinne der USA) zu beeinflussen. Sie brüstet sich damit, "schnell helfen zu können, wenn irgendwo das Bedürfnis nach politischen Veränderungen aufkommt". Der NED-Gründer und amtierende Präsident Allen Weinstein erklärte 1991: "Vieles, was wir heute tun, musste vor 25 Jahren noch die CIA erledigen." David Ignatius, der Redakteur der *Washington Post* für die Auslandsberichterstattung, stimmte ihm zu und bezeichnete die NED als "Sugar-Daddy" (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Sugar-Daddy>), der NGOs finanziert.

"Der National Endowment for Democracy müsste eigentlich "National Endowment for Attacking Democracy" (Anstiftung zur Zerstörung der Demokratie) heißen, stellte Stephen Kinzer [s. <https://www.commondreams.org/views/2018/03/15/trump-gutting-national-endowment-democracy-and-thats-good-thing>] fest, der das Buch "America's Century of Regime Change from Hawaii to Iraq" (Das Jahrhundert der von den USA von den Hawaii-Inseln bis zum Irak betriebenen Regimewechsel) geschrieben hat, das 2007 bei Henry Holt Co. erschienen ist.

In einem über <https://mintpressnews.cn/hong-kong-protest-united-states-destabilize-china/261712/?jwsourc=c> aufzurufenden Video weist Mnar A. Muhawesh, der Herausgeber der *MintPress News* (s. https://en.wikipedia.org/wiki/MintPress_News) darauf hin, dass notorische Neokonservative wie Elliot Abrams (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Elliott_Abrams) und Victoria Nuland (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Victoria_Nuland) im Verwaltungsrat der NED sitzen [s. <https://www.ned.org/about/board-of-directors/>]:

Seit Beginn der "Regenschirm-Proteste" in Hongkong im Jahr 2014 hat die NED nach eigenen Angaben mehr als 29 Millionen Dollar in die Inselstadt gepumpt, "um Wege zur Demokratie und zu politischen Reformen zu ebnen". Weil es der NED dabei vor allem um Widerstand gegen die chinesische Regierung geht, der sie unterstellt, "despotisch und eine Bedrohung für die Demokratie zu sein", haben das meiste Geld solche Gruppen erhalten, die den Sturz der chinesischen Regierung anstreben, also – wie *Mintpress* berichtet hat – genau die Gruppen, die jetzt die Proteste organisieren.

Auch *Dimsum Daily* <https://www.dimsumdaily.hk/>), eine in Norwegen betriebene, aber auf Hongkong ausgerichtete Website, hat am 16. Aug 2019 berichtet, die gegenwärtigen Proteste gingen zurück auf Agitatoren von Occupy Central, die schon 2014 in der Regenschirm-Bewegung aktiv waren.

"In einem gestern veröffentlichten Artikel haben wir ausführlich darüber berichtet, dass die Anführer der Proteste (in Hongkong) von Jimmy Lai und der US-amerikanischen NED finanziert werden. Sie wurden vom Oslo Freedom Forum (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Oslo_Freedom_Forum) trainiert, das von Thor Halvorsson (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Thor_Leonardo_Halvorssen_Mendoza) betrieben wird, der auch die in New York ansässige Human Rights Foundation (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Human_Rights_Foundation) gegründet hat. Die BBC hat in einem Dokumentarfilm gezeigt, wie Occupy Central (s. <https://www.zeit.de/thema/occupy-central-bewegung>) schon 2014 Tausende Protestierer ausgebildet hat (s. <https://www.youtube.com/watch?v=eOYtXh4pSLA>). Es ist also durchaus möglich, dass die jetzt in Hongkong Demonstrierenden schon 2017 und 2018 auf die Proteste vorbereitet wurden (weitere Infos dazu s. unter <https://www.dimsumdaily.hk/exclusive-organisational-structure-and-modus-operandi-of-front-line-anti-extradition-protesters-exposed/> (und <https://www.dimsumdaily.hk/hong-kong-protesters-trained-at-oslo-freedom-forum-before-anti-extradition-protest-speakers-include-denise-ho-hk-singer-and-political-activist-and-al-qaida-affiliated-white-helmet-raed-al-saleh/>)].

Sara Flounders [s. <https://iacenter.org/2019/09/09/whats-behind-hong-kong-protests/>] vom International Action Center (s. https://en.wikipedia.org/wiki/International_Action_Center) in New York, das sich gegen Krieg und Rassismus wendet, verortet die Proteste in Hongkong unter den globalen Aktionen des US-Imperiums: "Die eskalierenden Demonstrationen sind einzureihen in den Handels- und Zollkrieg der USA gegen China und dessen militärische Einkreisung durch 400 US-Basen – die Hälfte der 800 Militärbasen, die das US-Imperium weltweit betreibt.

Die Friedensbewegung sollte deshalb fordern: "USA raus Hongkong, Asien und aus dem Pazifik!"

Mary Beaudoin gibt den "Women Against Military Madness Newsletter" (den Newsletter "Frauen gegen militärischen Irrsinn", s. <https://www.womenagainstmilitarymadness.org/>) heraus.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir denOriginaltext ab.)

Consortium News

Independent Investigative Journalism and Political Review - Since 1995



The Nature of the Hong Kong Protests

Democratic freedoms aside, many nations in the world but particularly the U.S., Britain and China have interests to protect in Hong Kong

Mary Beaudoin, WAMM Newsletter

November 26, 2019

Should peace and justice advocates support pro-democracy efforts whenever they arise in the world? Even some U.S. alternative media identifying as liberal and progressive have joined the chorus, portraying the protests in Hong Kong as the noble pursuit of democratic freedoms, brave resistance to the authoritarian Chinese government oppressing the people.

Democratic freedoms aside, many nations in the world but particularly the U.S., Britain and China have interests to protect in Hong Kong. The island-city is a special administrative district within China with a unique history. It was subject to British colonial rule for approximately 150 years but, under an agreement with the People's Republic of China, in 1997 it was returned to China and governed as "one country, two systems" with its own legal and administrative systems. Hong Kong's special status enabled it to become a leading financial center and tax haven for international corporations. Its free market is so free from regulation and accountability that the conservative American think tank, the Heritage Foundation, has consistently ranked the city as No. 1 in its Index of Economic Freedom.

The arrangement has been of mutual benefit to both foreigners and the PRC. As a Reuters primer explains: "China uses Hong Kong's currency, equity, and debt markets to attract fo-

reign funds, while international companies use Hong Kong as a Launchpad to expand into mainland China.”

Hong Kong’s particular legal characteristics have not only enabled China to rise as an economic power and shelter foreign corporations from taxes and tariffs but they have also allowed an individual to get away with murder. That’s because Hong Kong lacks an extradition treaty for those who commit crimes in Taiwan and China. When a resident of Hong Kong was alleged to have murdered his pregnant girlfriend while on vacation in Taiwan in 2018, the accused fled back to Hong Kong where he couldn’t be prosecuted. Hong Kong’s administrative government attempted to amend its extradition law as a result of the incident. But protesters claimed extradition would extend to overreach by the People’s Republic and cause Hong Kong citizens to be deprived of their freedoms.

Anti-Extradition Protests

The following commentary, complaining of Washington’s and London’s interference in Chinese internal affairs, appeared in the government-sponsored China Daily, HK edition:

“There are two reasons why they chose the extradition law amendment bill as a turning point in their disruptive Hong Kong strategy. One is their failure to seize Hong Kong’s governing power through their political proxies with ‘true democracy’ as an excuse. The other one is the need to facilitate the U.S. government’s updated global strategy since 2018 that regards China as its main rival.” – Zhou Bajun

The protesters looked to London to assist them in their cause. Wearing hardhats, they smashed into the Hong Kong legislative chambers and raised the Union Jack. On the street, people could be heard singing the British anthem “God Save the Queen” while waving the flag of their former colonial master.

But it’s not just the British that protesters appealed to for support. American flags were also prominent in street protests. The leader of the Hong Kong activist organization Demosisto, Joshua Wong, called for outside intervention by the U.S., Western Europe and Japan to “liberate Hong Kong.”

And U.S. Officials Responded

With Wong by her side, on Sept. 18, 2019, House Speaker Nancy Pelosi held a press conference in Washington on human rights in Hong Kong. Something not lost on astute observers was that she made a statement reminiscent of one delivered by Undersecretary of State Victoria Nuland in 2013, when, against the backdrop of a Chevron logo, Nuland praised “the brave people of the Maidan” as she encouraged the overthrow of the Ukrainian government in a color revolution. Pelosi welcomed the “very brave champions for democracy, for freedom of expression in Hong Kong,” advocating for the Hong Kong Human Rights and Democracy Act of 2019 (H.R. 3289) “to send an unequivocal message that the protesters of Hong Kong have the full support and backing of the United States in their quest for justice and freedom.”

On Oct. 13, in an interview with CBS “Face the Nation,” Ted Cruz, the U.S. senator from Texas, in a new rad persona, announced from Hong Kong: “I’m here, I’m dressed in all black standing in solidarity with the protesters.” (When asked about reported violence, Cruz later claimed not to have observed any.)

This color revolution is characterized by wearing black clothing. Fewer in number than the masses of protesters in the street were those among them disguised by masks and with

helmets protecting their heads, causing mayhem by destroying the commons – subway stations, buses, and the Hong Kong International Airport – as well as local businesses. These actors wielded steel rods, have beaten people considered the opposition, and threw gasoline bombs at police. Asia Times columnist Pepe Escobar, who lived in Hong Kong, describes the destructive acts as black bloc tactics borrowed from anarchist groups but more incendiary than the usual.

Back in the U.S., the House of Representatives passed additional legislation based on the “responsibility to protect,” the humanitarian interventionist policy used to defend people in foreign countries from their own governments on the premise that they need to be protected and the U.S. should do it. The Hong Kong Human Rights and Democracy Act passed the House with bipartisan support on Oct. 15. The House also passed a resolution condemning the Chinese government in Beijing and, in addition, the Protect Hong Kong Act, which restricts non-lethal crowd control equipment exports to Hong Kong. (While in July, the U.S. State Department had approved \$2 billion in arms sales to Taiwan and continues, under the 1033 program, to allow local U.S. law enforcement agencies to obtain surplus military equipment.) As of this writing, the Hong Kong bills are expected to pass in the Senate.

Comparing this to American media and government reactions to our own protests, the China Daily commented: “It’s not hard to imagine the United States’ reaction if Chinese diplomats met leaders of Occupy Wall Street, Black Lives Matter, or Never Trump protesters.” The ordinary people of Hong Kong do have reason to be angry. The city is the most expensive in the world to live in with the highest rent, according to Deutsche Bank’s 2019 “Mapping the World’s Prices.” Many people experience extreme poverty. But their anger is directed at the Hong Kong city administration and Beijing, not the wealth gap.

Jimmy Lai, the Hong Kong billionaire and media mogul, widely believed to be funding the Hong Kong protests, came to the United States in early July to meet with Vice President Mike Pence, U.S. Secretary of State Mike Pompeo, National Security Advisor John Bolton, and some senators. His visit to Washington was preceded in March by a delegation of Hong Kong “democracy” advocates.

The National Endowment for Democracy (NED) fosters movements in foreign countries. Since its inception during the Reagan administration in 1983, the NED, a private foundation funded by the U.S. government but for which there is no government oversight, has been providing grants to nonprofit organizations, labor, and political parties in foreign countries to influence their populations. It boasts of the ability “to respond quickly where there is a need for political change.” In 1991, Allen Weinstein, NED founder and acting president said, “A lot of what we do today was done 25 years ago by the CIA.” David Ignatius as the foreign editor of the Washington Post, referred approvingly to the NED as “the sugar daddy of overt operations.”

“The NED should be called the “National Endowment for Attacking Democracy,” says Stephen Kinzer, who wrote “America’s Century of Regime Change from Hawaii to Iraq” (Henry Holt & Co., 2007).

In a not to be missed video, Mintpress News Editor Mnar A. Muhawesh pointed out that neo-cons, the notorious Elliot Abrams and Victoria Nuland [her again] sit on the NED board of directors. Muhawesh reports that:

“Since 2014, the year of Hong Kong’s Umbrella protests, the NED has officially poured over \$29 million dollars into the island city in order to identify new avenues for democra-

cy and political reform. But as the NED has already identified the Chinese government as despotic and a threat to democracy, this means that much of that money is de facto supporting groups to undermine that government and as Mintpress has previously reported much of that money went to the current groups that organized the protests.”

Dimsum Daily, a Hong Kong-focused internet publication reporting from Norway on Aug. 16, 2019, also traced the current anti-extradition protests back to Hong Kong’s 2014 Occupy Central (part of the Umbrella movement of agitators):

“In an article we wrote yesterday, we detailed that the frontline anti-extradition protesters were potentially funded by Jimmy Lai and the American National Endowment for Democracy. Co-incidentally, Oslo Freedom Forum is also a New York-based non-profit Human Rights Foundation founded by human rights activist Thor Halvorssen. As exposed by the BBC documentary (website), 10,000 protesters during Occupy Central were trained as early as two years ago. Hence, it is highly possible that thousands of anti-extradition protesters were trained in 2017 or even 2018 to prepare themselves for the current anti-extradition protest.”

Sara Flounders of the New York-based International Action Center, which advocates against war and racism, locates the Hong Kong demonstrations within a true global perspective of empire: “The escalating demonstrations are linked to the U.S. trade war, tariffs and military encirclement of China. Four hundred — half — of the 800 U.S. overseas military bases surround China.

Our antiwar call should be: “U.S. out of Hong Kong and the Asia Pacific!”

Mary Beaudoin is the editor of the “Women Against Military Madness Newsletter.”

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern